

NEIN!

zum neuen

POLIZEIgesetz

Informationsveranstaltung
& Diskussion
mit Dr. Rolf Gössner

Dienstag, 25.09.18
19 Uhr

„Ein weiterer
Schritt in Richtung
eines präventiv-
autoritären Sicher-
heitsstaats.“

Gewerkschaftshaus
Brückenkopf 2, Minden

Veranstalter: VVN-BdA - Kreisvereinigung Minden-Lübbecke

Unterstützer: Die Kreisorganisationen von attac, DIE LINKE,

Bündnis 90/Die Grünen, DKP



Minden-Lübbecke e.V.

VVN-BdA

Das NRW-Polizeigesetz ist kein „Sicherheitspaket“, sondern brandgefährlich:

Neuer § 38 PolG NRW

Bis zu einem Monat Freiheitsentzug ohne konkrete Gefahr.

Neuer § 15a PolG NRW

Videoüberwachung von öffentlichen Orten ohne zeitliche Begrenzung

Neuer § 20c PolG NRW

Telekommunikationsüberwachung ohne konkreten Tatverdacht

Neuer § 34c PolG NRW

Elektronische Fußfessel

Neuer § 12a PolG NRW

Jederzeitiges Anhalten von Personen und Identitätsfeststellung, Inaugenscheinnahme von Sachen und Autos

Neuer § 34b PolG NRW

Aufenthalts- und Kontaktverbot bzw. Verbannung ohne konkrete Gefahr

Referent: Dr. Rolf Gössner

Rechtsanwalt, Publizist und parlamentarischer Berater; Kuratoriumsmitglied der Internationalen Liga für Menschenrechte (Berlin), Mitherausgeber des „Grundrechte-Reports“ und Mitglied der Jury zur Verleihung des Negativpreises „BigBrotherAward“. Autor/Herausgeber zahlreicher Bücher zum Themenbereich Demokratie, Innere Sicherheit, Grund- und Freiheitsrechte.

